

## PRESSEKONFERENZ

AM 8. JULI 2010

### EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung informieren, an der auch Kommissar Rehn teilgenommen hat.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hält der EZB-Rat die derzeitigen **Leitzinsen der EZB** für angemessen und hat daher beschlossen, diese unverändert zu belassen. Unter Berücksichtigung aller neuen Informationen, die seit unserer Sitzung vom 10. Juni 2010 verfügbar geworden sind, gehen wir weiterhin davon aus, dass die Preisentwicklung dank des geringen inländischen Preisdrucks über die geldpolitisch relevante mittlere Frist moderat bleibt. Die jüngsten Daten haben außerdem bestätigt, dass sich die wirtschaftliche Erholung im Euro-Währungsgebiet im ersten Halbjahr 2010 fortgesetzt hat. Mit Blick auf die Zukunft rechnen wir in einem Umfeld hoher Unsicherheit mit einem moderaten und nach wie vor uneinheitlichen Wachstum der Wirtschaft des Euroraums. Unsere monetäre Analyse bestätigt, dass der Inflationsdruck mittelfristig begrenzt bleibt, wie es das schwache Geldmengen- und Kreditwachstum nahelegen. Insgesamt gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Sicht gewährleistet bleibt, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte im Eurogebiet gestützt wird. Die Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Die feste Verankerung der Inflationserwartungen ist nach wie vor von zentraler Bedeutung.

Die Geldpolitik wird alles unternehmen, was erforderlich ist, um auf mittlere Frist Preisstabilität im Euroraum zu gewährleisten. Dies ist der notwendige und zentrale Beitrag, den die Geldpolitik zur Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Finanzstabilität leistet. Alle während der akuten Finanzmarktspannungen ergriffenen Sondermaßnahmen (die sogenannten „erweiterten Maßnahmen zur Unterstützung der Kreditvergabe“ und das Programm für die Wertpapiermärkte) stehen vollständig im Einklang mit unserem Auftrag und sind entsprechend ihrer Ausgestaltung vorübergehender Natur. Wir halten unbeirrt an unserer Verpflichtung zur Gewährleistung von Preisstabilität auf mittlere und längere Sicht fest. Der geldpolitische Kurs und die Liquiditätsversorgung insgesamt werden gegebenenfalls angepasst. Dementsprechend wird der EZB-Rat auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Die Wirtschaftsentwicklung im Euro-Währungsgebiet hat sich seit Mitte 2009 ausgeweitet, nachdem zuvor ein drastischer Rückgang verzeichnet worden war. Der zweiten Schätzung von Eurostat zufolge stieg das reale BIP des Euroraums im ersten Quartal 2010 um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal. Die jüngsten Wirtschaftsdaten und umfragebasierten Indikatoren deuten darauf hin, dass im Frühjahr eine Konjunkturbelebung erfolgte. Der EZB-Rat rechnet mit einer moderaten und nach wie vor uneinheitlichen Zunahme des realen BIP-Wachstums im Zeitverlauf und in den einzelnen Volkswirtschaften und Sektoren des Eurogebiets. Die weltweit anhaltende Erholung und deren Auswirkungen auf die Nachfrage nach Exporten des Euroraums dürften zusammen mit dem akkommodierenden geldpolitischen Kurs und den zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Finanzsystems ergriffenen Maßnahmen die Wirtschaft im Eurogebiet stützen. Allerdings dürfte die konjunkturelle Erholung durch den Prozess der Bilanzanpassungen in verschiedenen Sektoren und die Arbeitsmarktaussichten gedämpft werden.

Nach Auffassung des EZB-Rats sind die Risiken für den Wirtschaftsausblick in einem von hoher Unsicherheit geprägten Umfeld weitgehend ausgewogen. Einerseits

könnten sich die Weltwirtschaft und der Außenhandel schneller als erwartet erholen und somit die Exporte des Euroraums weiter stützen. Andererseits bestehen weiterhin Bedenken bezüglich neuerlicher Spannungen an den Finanzmärkten sowie möglichen weiteren nachteiligen Auswirkungen auf die Finanzierungsbedingungen und das Vertrauen. Ferner könnten sich eine im Vergleich zu den bisherigen Erwartungen deutlichere oder länger andauernde negative Rückkopplung zwischen der Realwirtschaft und dem Finanzsektor sowie erneute Preissteigerungen bei Öl und sonstigen Rohstoffen, Protektionismusbestrebungen sowie die Möglichkeit einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte nachteilig auswirken.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so lag die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI im Eurogebiet der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Juni bei 1,4 % nach 1,6 % im Vormonat. Es wird erwartet, dass die am HVPI gemessenen jährlichen Preissteigerungsraten in den kommenden Monaten erneut eine gewisse Volatilität aufweisen, wobei im späteren Jahresverlauf eine Tendenz zu etwas höheren Teuerungsraten auftreten dürfte. Auf längere Sicht dürften die Inflationsraten im Jahr 2011 dank des geringen inländischen Preisdrucks insgesamt moderat bleiben. Die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen sind nach wie vor fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die Preisentwicklung sind weitgehend ausgewogen. Aufwärtsrisiken auf mittlere Sicht bestehen insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung der Rohstoffpreise. Zudem könnten indirekte Steuern und administrierte Preise aufgrund der in den kommenden Jahren erforderlichen Haushaltskonsolidierung stärker erhöht werden als derzeit angenommen. Zugleich halten sich die Risiken für die Preis- und Kostenentwicklung im Euroraum in Grenzen. Insgesamt wird der EZB-Rat die künftige Entwicklung aller verfügbaren Preisindikatoren genau beobachten.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so lag die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Mai 2010 unverändert bei -0,2 %. Die Zwölfmonatsrate der Buchkredite an den privaten Sektor legte erneut geringfügig zu, blieb jedoch mit

0,2 % schwach. Alles in allem stützen diese Daten weiterhin die Einschätzung, dass die Grunddynamik der monetären Expansion moderat und der Inflationsdruck auf mittlere Sicht begrenzt ist. Die kürzerfristige Entwicklung der Geldmenge M3 sowie einiger ihrer Komponenten und Gegenposten ist nach wie vor Schwankungen unterworfen, und angesichts der anhaltenden Spannungen in einigen Finanzmarktsegmenten könnte sich diese Volatilität durchaus fortsetzen.

Der zuvor starke Einfluss der Zinskonstellation auf die monetäre Dynamik scheint allmählich abzuklingen. Dies impliziert, dass das tatsächliche M3-Wachstum weniger stark vom Abwärtsdruck des steilen Verlaufs der Zinsstrukturkurve und der damit verbundenen Umschichtung von Mitteln zugunsten längerfristiger Einlagen und Wertpapiere außerhalb von M3 beeinflusst wird, als dies zuvor der Fall war. Des Weiteren dürften die Auswirkungen der geringen Zinsdifferenz zwischen den verschiedenen M3-Instrumenten auf die Umschichtungen innerhalb von M3 hin zu M1 abnehmen. Mit 10,3 % ist das jährliche M1-Wachstum jedoch nach wie vor sehr dynamisch.

Hinter dem weiterhin schwachen Jahreswachstum der Bankkredite an den privaten Sektor verbergen sich nach wie vor gegenläufige Entwicklungen: ein positives Wachstum der Kredite an private Haushalte sowie ein negatives Wachstum der Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften. Während die monatliche Bankkreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften im Mai positiv ausgefallen war, ist es angesichts der in den letzten Monaten beobachteten Volatilität zu früh, um beurteilen zu können, ob dies auf einen Wendepunkt hindeutet. Eine verzögerte Reaktion der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften auf die wirtschaftliche Entwicklung ist für einen Konjunkturzyklus nicht ungewöhnlich.

Die Daten bis Mai belegen, dass sich die Bilanzsummen der Banken seit der Jahreswende erhöht haben. Die Banken stehen weiterhin vor der Herausforderung, die Verfügbarkeit von Krediten für den nichtfinanziellen Sektor auszuweiten, sobald sich die Nachfrage erholt. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, sollten sie gegebenenfalls Gewinne einbehalten, zur weiteren Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis auf den Markt zurückgreifen oder die staatlichen

Hilfsmaßnahmen zur Rekapitalisierung voll ausschöpfen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir den Beschluss des Europäischen Rates, die Ergebnisse der unter den Banken in der Europäischen Union durchgeführten Stresstests mit deren Einverständnis zu veröffentlichen. Der Test wurde vom Ausschuss der europäischen Bankenaufsichtsbehörden (CEBS) in Zusammenarbeit mit der EZB durchgeführt. Sofern erforderlich, sind entsprechende Korrekturmaßnahmen zu ergreifen. Gesunde Bilanzen, ein wirksames Risikomanagement und transparente, robuste Geschäftsmodelle sind von entscheidender Bedeutung, wenn es um die Stärkung der Schockresistenz der Banken sowie die Gewährleistung eines adäquaten Zugangs zu Finanzmitteln und somit um die Schaffung der Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Finanzstabilität geht.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die derzeitigen Leitzinsen der EZB nach wie vor angemessen sind. Unter Berücksichtigung aller neuen Informationen, die seit unserer Sitzung vom 10. Juni 2010 verfügbar geworden sind, gehen wir weiterhin davon aus, dass die Preisentwicklung dank des geringen inländischen Preisdrucks über die geldpolitisch relevante mittlere Frist moderat bleibt. Die jüngsten Daten haben außerdem bestätigt, dass sich die wirtschaftliche Erholung im Euro-Währungsgebiet im ersten Halbjahr 2010 fortgesetzt hat. Mit Blick auf die Zukunft rechnen wir in einem Umfeld hoher Unsicherheit mit einem moderaten und nach wie vor uneinheitlichen Wachstum der Wirtschaft des Euroraums. Die **Gegenprüfung** der Ergebnisse unserer wirtschaftlichen Analyse anhand der Ergebnisse der monetären Analyse bestätigt, dass der Inflationsdruck mittelfristig begrenzt bleibt, wie es das schwache Geldmengen- und Kreditwachstum nahelegen. Insgesamt gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Sicht gewährleistet bleibt, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte im Eurogebiet gestützt wird. Die Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Die feste Verankerung der Inflationserwartungen ist nach wie vor von zentraler Bedeutung.

Was die **Finanzpolitik** anbelangt, so sollte die Gewährleistung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen eindeutig im Mittelpunkt stehen. Im gegenwärtigen Umfeld müssen alle Länder des Euroraums mindestens ihre im Rahmen der jeweiligen Verfahren bei einem übermäßigen Defizit vorgesehenen Pläne zur Haushaltskonsolidierung erfüllen. Ehrgeizigere Ziele, wie sie von einigen Ländern bereits verabschiedet wurden, könnten notwendig werden, soweit die aktuellen Pläne dem vordringlichsten Ziel, den Anstieg der öffentlichen Schuldenquote aufzuhalten und umzukehren, nicht gerecht werden. Darüber hinaus müssen alle Länder glaubwürdige Anpassungsmaßnahmen formulieren, die zur Erfüllung der Haushaltsziele für 2010, 2011 und darüber hinaus hinreichend sind, und ihrer Verpflichtung, in den kommenden Jahren im Bedarfsfall zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, nachkommen.

Für ein reibungsloses Funktionieren des Euroraums und zur Stärkung der Aussichten für ein höheres und nachhaltiges Wachstum sind weitreichende **strukturelle Reformen** unabdingbar. Hierdurch würde auch der Prozess der Haushaltskonsolidierung unterstützt. Umfangreiche Reformen sind insbesondere in jenen Ländern erforderlich, die in der Vergangenheit Wettbewerbsverluste hinnehmen mussten oder zurzeit von hohen Haushalts- und Außenhandelsdefiziten betroffen sind. Die Maßnahmen sollten einen Lohnfindungsprozess sicherstellen, der eine flexible Anpassung der Löhne und Gehälter an die Beschäftigungslage und an Wettbewerbsverluste erlaubt. Reformen zur Stärkung des Produktivitätswachstums würden den Anpassungsprozess dieser Volkswirtschaften weiter unterstützen.

Lassen Sie mich abschließend noch auf die Vorschläge zu sprechen kommen, die der EZB-Rat der vom Europäischen Rat ins Leben gerufenen Task Force on Economic Governance unter Vorsitz des Präsidenten Van Rompuy unterbreitet hat. Aus Sicht des EZB-Rats sind ganz erhebliche Fortschritte zur Festigung des institutionellen Fundaments der WWU erforderlich. Wesentlich ist, dass die Governance- und Durchsetzungsstrukturen des wirtschaftspolitischen Rahmens des Euroraums gestärkt werden. Eine verstärkte Überwachung der Haushaltspolitik der einzelnen Länder und die Sicherstellung der strikten Einhaltung des fiskalischen

Regelwerks sind von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus ist es äußerst wichtig, dass die Entwicklung der relativen Wettbewerbsfähigkeit künftig genau beobachtet und ein Überwachungsmechanismus eingeführt wird, der auf die Ungleichgewichte zwischen den Euro-Ländern ausgerichtet ist. Gleichzeitig ist es entscheidend, einen angemessenen Rahmen für das Krisenmanagement im Euro-Währungsgebiet zu schaffen, der Moral Hazard minimiert.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

**Europäische Zentralbank**  
Direktion Kommunikation  
Abteilung Presse und Information  
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main  
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404  
Internet: [www.ecb.europa.eu](http://www.ecb.europa.eu)  
**Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.**